

Migrationsbeirat der
Landeshauptstadt München

Politische Teilhabe für alle Münchner*innen II: Bestehende Möglichkeiten nutzbar machen!

Initiative: A4

Antrag Nr. 42

Vollversammlung vom 29.11.2018

I. Antrag

Der Migrationsbeirat führt in Absprache mit den Integrationsbeauftragten der Bezirksausschüsse eine Informationskampagne zu den kommunalen Teilhabemöglichkeiten von Migrant*innen mit und ohne EU-Bürgerschaft durch mit der Zielsetzung die Beteiligung zu erhöhen und die demokratische Stadtkultur zu stärken.

Vorgeschlagene Maßnahmen des Beirates:

1. Der Migrationsbeirat erarbeitet in Kooperation mit Vertretungen der Bezirksausschüsse eine Handreichung für ausländische Bürger*innen mit Fokus auf den Aufgaben der Bezirksausschüsse. Die Handreichung soll auch in die häufigsten Sprachen der Communities übersetzt werden.
2. Der Migrationsbeirat beteiligt sich an möglichst allen Bürgerversammlungen. Die Ausgestaltung der Sichtbarmachung des Beirates wird in Absprache mit den jeweiligen Bezirksausschüssen erarbeitet. Insbesondere ist ein Informationsstand auf den im Vorfeld der Bürgerversammlungen durchgeführten Bürger*innensprechstunden denkbar.
3. Der Beirat führt, in Kooperation mit geeigneten Stellen, mindestens eine oder mehrere dezentrale Informationsveranstaltungen in den Stadtvierteln zur Kommunal- und Stadtteilpolitik durch. Migrant*innenvereine und interessierte Bezirksausschüsse sollen als Kooperationspartner*innen gewonnen werden. Das Konzept wird mit der Fachstelle für Demokratie abgestimmt, um Synergieeffekte gut zu erschließen und ungewollte Doppelungen zu vermeiden.
4. Es soll ein Dialog mit Stadtverwaltung, Bezirksausschüssen, Stadtrat sowie mit Migrant*innenselbstorganisationen angestoßen werden um weitere mögliche Handlungsfelder und -möglichkeiten zu identifizieren.

II. Begründung

Durch die Änderung des Art. 18 Abs. 3 GO (Bayerische Gemeindeordnung) und der daraus resultierenden Erweiterung des Rede- und Antragsrechts auf Einwohner*innen ohne Unionsbürgerschaft in den Bürgerversammlungen, hat sich letztes Jahr im Stillen eine verbesserte Teilhabemöglichkeit für einige Migrant*innen ergeben.

Wir müssen jedoch feststellen, dass viele Migrant*innen die ihnen gebotenen politischen Möglichkeiten nicht nutzen. Zumindest teilweise liegt dies auch an dem fehlenden Angebot von geeigneten Informationsmöglichkeiten. Die fehlende Transparenz für Migrant*innen,

vor allem über die unterschiedlichen Teilhabeformen jenseits von Wahlen sowie mangelndem Wissen über die Kompetenzen der verschiedenen politischen Ebenen sind hier besonders hervorzuheben. Muttersprachliche Informationen und eine direkte Ansprache unterschiedlicher Zielgruppen sind notwendig um die Lücke zu schließen.

Des Weiteren wurde – nicht zuletzt in der Münchner Erhebung zur Bundestagswahl – festgestellt, dass fehlende Partizipation am politischen Prozess auch eine intergenerationelle Komponente hat (siehe hierzu: „Nachwahlbefragung von Münchner Bürger*innen zur Bundestagswahl 2017“ S.25). Daher sehen wir gerade in einer Stadt wie München, in der über die Hälfte der jungen Generation einen Migrationshintergrund hat, hierin einen großen Stellenwert zur Stärkung der demokratischen Kultur der Stadt. In der oben genannten Untersuchung wurde ebenfalls festgestellt, dass vor allem junge und sich in Ausbildung befindliche Münchner*innen mehr Aufklärung zu den Wahlen als Motivator zur Wahlteilnahme wünschen (ebd. S.63 f.).

Dieser Bedarf wurde von der Stadt unlängst erkannt und ist in diverser Weise z.B. durch die Fachstelle für Demokratie in Bearbeitung. Aufgrund der demografischen Situation von München halten wir es für sehr erfolgversprechend diesen Handlungsbedarf auch über verbesserte Arbeit mit den Communities, unabhängig von der eigentlichen Staatsbürgerschaft des/der jeweiligen Bürger*in, zu bearbeiten. Des Weiteren ist anzunehmen, dass eine gemeinsame Betrachtung von Wahlbeteiligung und anderen Formen der politischen Beteiligung sinnvoll ist.

III. Beschluss nach Antrag

mehrheitlich genehmigt.

gez.

Dimitrina Lang
Vorsitzende des Migrationsbeirates

gez.

Colin Turner
Ausschusssprecher A4